

Energie-Control Austria
Herrn Mag. Norbert Fürst
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

ergeht per mail an: tarife@e-control.at

Wien, am 21. November 2019

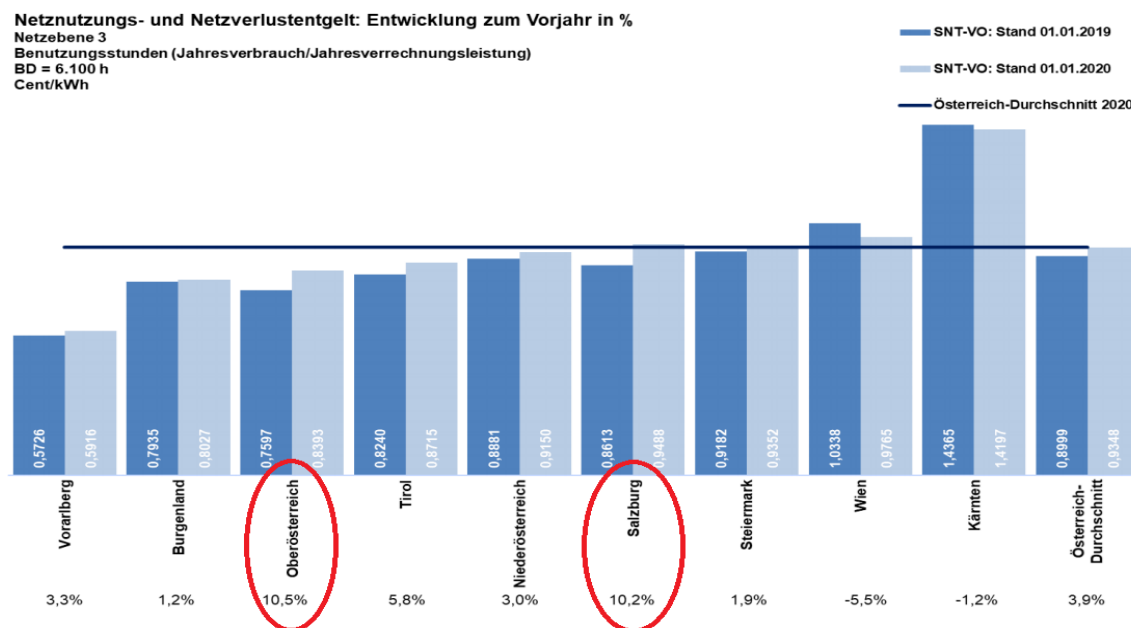
Stellungnahme der Industriellenvereinigung zur Systemnutzungsentgelte – Verordnung 2018 – Novelle 2020 (SNE-V 2018 – Novelle 2020)

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Industriellenvereinigung (IV) dankt der Energie-Control Austria für die Übermittlung des oben zitierten Entwurfes zur Systemnutzungsentgelte-Verordnung und nimmt dazu wie folgt Stellung:

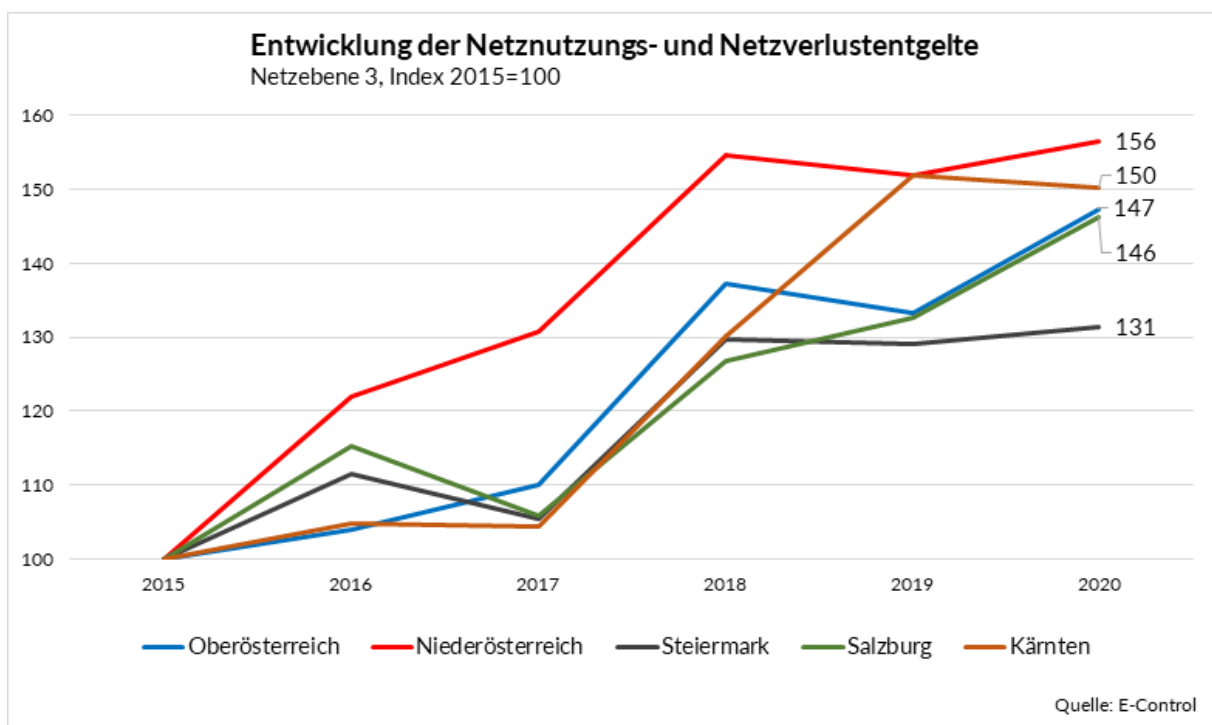
Der vorliegende Entwurf zur Systemnutzentgelte-Verordnung 2020 stellt zum **wiederholten Male eine Erhöhung der Systemnutzungsentgelte** durch die E-Control in Aussicht. Auf der **Netzebene 3 ist eine überdurchschnittliche Anhebung** der Entgelte in **Oberösterreich (10,5%) und Salzburg (10,2%)** zu verzeichnen. Auch auf der Netzebene 5 kommt es zu deutlichen Erhöhungen, wobei **Linz (10,3%) den Höchstwert** aufweist.

Der abermalige Anstieg der Systemnutzentgelte wird in diesem Jahr mit **erhöhten Investitionstätigkeiten der Netzbetreiber in den Bereichen Oberösterreich, Linz und Salzburg** begründet.



Hierbei ist anzumerken, dass der **Ausbau der Netzinfrasturktur weiter forciert** werden sollte, um die **Versorgungssicherheit** mit Strom sicherzustellen. Die diesbezüglichen **Genehmigungsverfahren** müssen jedoch **dringend beschleunigt** werden, um **Mehrkosten für Netznutzer zu vermeiden**: So kosten **Engpässe aufgrund der fehlenden 380kV-Leitung in Salzburg** den Stromkunden monatlich rund **zehn Millionen Euro**. Das Standort-Entwicklungsgesetz sollte hier Abhilfe schaffen und als Modell für weitere Reformen im Sinne der Verfahrensökonomie und damit der Netznutzer dienen.

Nach wie vor **zeichnet sich ein** - wenn auch laut Erläuterungen gedämpfter - **Trend zu steigenden Engpassmanagementkosten** und somit **steigenden Systemnutzungsentgelten** ab, bedingt durch die Integration volatiler erneuerbarer Energie. Es stellt sich zudem die **Frage inwieweit** bei den kalkulierten Erhöhungen Kosten im Zusammenhang mit den **Vorgaben aus der Strombinnenmarktverordnung betreffend grenzüberschreitender Kapazitäten bereits eingerechnet wurden**.



Die **stetige und teils massive Anhebung der Systemnutzungsentgelte der letzten Jahre**, insbesondere auf den Netzebenen 3 und 5, führt zu einer erheblichen **Belastung der energieintensiven Industrie**.

Gerade Maßnahmen zur mittel- bzw. langfristigen Dekarbonisierung der Industrie, wie etwa in der Stahlerzeugung, setzen jedoch die **Verfügbarkeit von erneuerbarem Strom in ausreichenden Mengen zu kompetitiven Kosten voraus**.

Zusätzlich zu erhöhten Systemnutzungsentgelten **belasten höhere Strompreise die energieintensive Industrie**, einerseits zurückzuführen auf die **Strompreiszonentrennung**, andererseits auf höhere Preise für Rohstoffe (etwa Öl, Steinkohle oder Gas) und EU-Emissionszertifikate. Laut der österreichischen Energieagentur betrug der **Strompreisunterschied zwischen Österreich und Deutschland**, ein Jahr nach der Trennung der gemeinsamen Preiszone im Durchschnitt 3,40 Euro pro Megawattstunde, was einem **Plus von 8 Prozent** entspricht.

Diese Entwicklungen am Energie- und Strommarkt führen zu einer stetigen **Verschlechterung der Rahmenbedingungen für den Industriestandort Österreich.**

Um die **Wettbewerbsfähigkeit** der heimischen energieintensiven Industrie zu erhalten, bedarf es daher **angemessener Ausgleichsmaßnahmen und Anreizsysteme.**

- Die oben dargestellten Entwicklungen verschärfen die **Wettbewerbsnachteile** der heimischen **energieintensiven Industrie im europäischen und internationalen Kontext.** Anders als in Österreich existieren etwa in **Deutschland** Möglichkeiten für Industriebetriebe zur Refundierung von Netzentgelten bei **netzdienlichem Verhalten**, ebenso wie eine Ausnahme der EEG-Umlage für energieintensive Unternehmen.
- Insbesondere ist die **Einführung der Strompreiskompensation für energieintensive Unternehmen**, wie sie in zahlreichen anderen Mitgliedsstaaten - 13 Mitgliedstaaten darunter Deutschland, demnächst auch Polen – existiert, **unerlässlich.** Die **Finanzierung** sollte, an das deutsche Modell angelehnt, über **zweckgebundene Einnahmen aus dem ETS-Handel** erfolgen.
- Eine entsprechende Möglichkeit der **Refundierung bzw. Netzkostensenkung als Anreiz für Nutzer mit netzdienlichem Verhalten** ist zu implementieren. Vor diesem Hintergrund sollten bei der Implementierung **erneuerbaren Erzeugungsgemeinschaften** jedenfalls auch **Industriebetriebe auf Netzebene 5 erfasst und beanreicht** werden.
- Ebenso ein wesentliches Element als Motivation zur Anpassung der Produktion an die Nachfrage ist die **Senkung der Netznutzungsentgelte für Erbringer von Regelreserve.** In diesem Zusammenhang wurde der Leistungspreis für Erbringer von Regelreserve reduziert. Dies ist jedoch nicht für Abgaben für Ökostrom und Biomasseförderung erfolgt und sollte entsprechend adaptiert werden.
- Eine **verstärkte Einbindung der Industrie in Engpassvorhaltung und Management** zur Netzstabilisierung und Kostensenkung.
- **Zweckgebundene Rückführung der Einnahmen aus der Auktionierung der CO2-Zertifikate** in Form von Investitionen etwa in Infrastruktur, Energieforschung und Strompreiskompensation.

Die Industriellenvereinigung dankt für die Möglichkeit zur Stellungnahme und ersucht um Berücksichtigung der genannten Anliegen.

Mit besten Grüßen

DI Dieter Drexel eh
stv. Bereichsleiter

Mag. Judith Obermayr-Schreiber E.M.B.L.-HSG eh